



» » » Pressemitteilung

Gewalt in den Städten

Stellungnahme der Prévention Spécialisée

Die schweren Vorfälle, die sich derzeit in unseren Vorstädten ereignen, werfen zahlreiche Fragen auf, auf die Politiker mit Reden zu reagieren versuchen. Diese reichen vom Bedauern, dass bestimmte Politiken nicht in Angriff genommen oder weiter verfolgt wurden, bis zur Verurteilung der Unruhestifter.

Es geht hier nicht um eine Rechtfertigung dessen, was nicht zu rechtfertigen ist, sondern darum, dass man sich allgemein und landesweit der Hoffnungslosigkeit bewusst wird, die in vielen Städten und im Leben eines Teils der französischen Jugend herrscht.

Während wir diese Mitteilung verfassen, sind seit nunmehr 10 Tagen die Freiwilligen und Streetworker der Vereinigungen und der Prévention Spécialisée verstärkt vor Ort präsent, um mit den Jugendlichen, den Eltern und den Politikern zusammenzukommen, ihnen zuzuhören und mit ihnen in einen Dialog einzutreten und so gemeinsam die Situation zu entschärfen. Die Mitglieder des CNLAPS beabsichtigen, Stellung zu nehmen und die folgenden Arbeitsrichtungen vorzuschlagen.

Dank unserer dreißigjährigen Tätigkeit vor Ort können wir feststellen:

- Niemand kann ohne eine Hoffnung auf Gerechtigkeit und ein Gefühl der Gerechtigkeit leben. Leider erfahren die von unseren Streetworkern begleiteten Jugendlichen, dass sowohl das eine als auch das andere sehr oft fehlt, worunter sie ganz erheblich leiden.
- Einen erzieherischer Ansatz in ihrem eigenen Umfeld umzusetzen, ihnen zuzuhören und Respekt vor ihrer Person zu haben, trägt zur Begründung einer sozialen Bindung zwischen dem Jugendlichen und der Gesellschaft bei sowie dazu, dass sie zur Annahme der Idee der Autorität geführt werden.
- Die Jugendlichen in diesen Stadtvierteln haben den Wunsch, wie alle anderen zu leben. Sie teilen die Werte unserer Gesellschaft, aber das republikanische Integrationsmodell funktioniert seit mehreren Jahren oftmals nicht.
- Keinen Einlass in die Diskothek zu finden, wegen des ausländischen Namens keinen Arbeitsplatz zu bekommen oder oft von der Polizei kontrolliert zu werden signalisiert den Jugendlichen, dass man sie auf einen Platz in der zweiten Reihe abschiebt.

In diesem Zusammenhang betreffen uns einige Feststellungen ganz direkt:

1/ Seit gut 30 Jahren gibt es keine öffentliche Maßnahme zu Gunsten der sozialen Brennpunkte und der benachteiligten Jugendlichen mit einem langfristigen Zeithorizont. Regelmäßig bleiben Reden und Aussagen ohne Auswirkungen und Versprechen werden allzu oft vergessen.

2/ Die Vertreter des Staates werden nicht müde, die Unersetzbarkeit der Vereinigungen für den sozialen Zusammenhalt, ihren Stellenwert bei der Ausarbeitung öffentlicher Politiken und ihre Mitwirkung an den Aufgaben der öffentlichen Hand zu loben. Gleichzeitig werden 2/3 der Mittel für die Ausbildung der Freiwilligen gestrichen.

Viele Vereinigungen, die Hilfe vor Ort leisten, haben immer weniger Mittel zur Verfügung.

Ferner werden die Gelder für sozial-erzieherische Aufgaben der Stadtpolitik und für Begleitmaßnahmen im Schulbereich (wie die „Lokalen Erziehungsverträge“) eingefroren oder zurückgefahren.

Dies sind einige der Arbeitsgebiete der Vereinigungen, die von der Bevölkerung jeden Tag in Anspruch genommen werden, weil sie reale soziale Bedürfnisse erfüllen und so zu einer ausgewogenen Gestaltung des Landes beitragen. Diese unersetzlichen Elemente des Streetwork und der sozialen Bindung, auf die sich die Streetworker stützen, verschwinden in einer zunehmenden Zahl von Städten und Stadtvierteln.

3/ Angesichts einer Steigerung der Mittel für Geschlossene Erziehungsanstalten und Maßnahmen für straffällige Minderjährige in Höhe von 26 Millionen Euro und einer Rückführung der Gelder für gefährdete Jugendlichen und benachteiligte junge Erwachsene um 52 Millionen Euro opfert die Regierung Zehntausende von Jugendlichen, um alle Anstrengungen auf die Instrumente für eine geringe Zahl von Jugendlichen zu lenken, während die derzeitige Situation die akute Notwendigkeit einer echten Präventionspolitik deutlich vor Augen führt.

Auf ihrer Versammlung am 2. November in Paris haben die nationalen Verbände und Vereinigungen für den Schutz der Kinder und Jugendlichen in einer Mitteilung bekannt gegeben, dass sie diese Ausrichtung nicht unterstützen.

Angesichts der derzeitigen Situation in vielen Stadtvierteln und der vorgenannten Feststellungen macht der CNLAPS folgende Vorschläge:

- Erzieherische und soziale Politiken sind jenseits politischer Trennlinien und Wahltermine zu entwickeln.
- Die Instrumente dauerhaft weiter zu verfolgen und auszuweiten, mit denen der Bevölkerung und den Jugendlichen zugehört werden kann, um ihre Wut und ihren Unmut in konstruktive Diskussionen zu wandeln und dabei entsprechend dem Alter zu unterscheiden, was dem Bereich des Kinderschutzes und was dem Bereich der öffentlichen Sicherheit zuzuordnen ist.
- Eine öffentliche Aktionspolitik in Abhängigkeit von den Bedürfnissen der Bevölkerung auszuarbeiten, die langfristig angelegt ist und zwingend eine Aufteilung in Zuständigkeit des Staates und Zuständigkeit anderer Gebietskörperschaften vornimmt.

- Die gesamte Politik sozialerzieherischer Maßnahmen zu überarbeiten, wobei gemäß ihren Aufgabenbereichen öffentliche Bildung, Sozialarbeit, Justiz, Polizei, soziale Kreditgeber und Vereinigungen mit den Politikern zusammenarbeiten.

Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass ein solches Vorgehen möglich ist und zu guten Ergebnissen führt:

- wenn es auf die alltägliche Lebensrealität der Menschen abgestimmt ist,
- wenn die versprochenen Maßnahmen mit akzeptablen Zeithorizonten umgesetzt werden, sowohl im Bereich der Repression wie der Prävention,
- wenn ein konstanter und auf Zuhören basierender Dialog mit den Jugendlichen und der Bevölkerung verfolgt wird, die so an der Gestaltung der sie betreffenden Politik mitwirken,
- wenn die Präventionsarbeit langfristig angelegt ist und wenn alle Instrumente von den Behörden getragen werden, um so langfristig die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den Ordnungskräften zu entschärfen.

Die Zukunft unserer Jugend, unsere Zukunft erfordert es, dass wir gemeinsam dem Leitwort „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ wieder einen Sinn verleihen.

Paris, 7. November 2005

Kontakt: +33 (0)1 42 29 79 81
+33 (0)6 07 79 23 22